

21. Dezember 2018

Liberalismen

von Helmut Krebs

In einer Rede auf dem Jahrestag des Zentrums Liberale Moderne sprach Timothy Garton Ash davon, dass es *den* Liberalismus nicht gebe. „Es gibt etliche Varianten des Liberalismus“. Und oft sei der Streit ein innerliberaler. Es ginge um die Frage, welche Variante Recht und welche nicht Recht habe. In einer Diskussion der Facebook-Gruppe „Liberale Debatte“ (17. Dezember 2018) wurde die Frage erörtert, ob die FDP eine liberale Partei sei. Natürlich ist sie das. Da wurden andere Parteien ins Spiel gebracht, etwa die Freien Wähler, die PdV oder die Piraten. Aber warum sollte die FDP keine liberale Partei sein, nur weil es womöglich andere gibt? Mit Timothy Garton Ash bin ich der Meinung, dass unsere Diskurse längst innerliberale geworden sind. Grundüberzeugungen wie Privateigentum, Marktwirtschaft, Demokratie u.a. werden von keiner der im Bundestag vertretenen Parteien angegriffen, selbst nicht von der Linken. Gewiss würde ich nicht allen das Prädikat „liberal“ zugestehen. An den extremen Rändern dominieren antiliberale Ideen, aber weder die Linke noch die AfD sind extremistische Parteien, wie es die KPD, die DKP oder die NPD waren und sind. Auch in den sogenannten Parteien der Mitte verweben sich liberale mit nicht-liberalen, mit konservativen, ökologistischen und egalistischen Ideen. Dennoch entwickeln sie ihre Politik innerhalb des liberalen Lagers, das wir weiter fassen müssen.

In der Politik kann es nur um Partialinteressen gehen, wenn Parteien um Machtpositionen ringen. Partei heißt Partei, weil sie nicht vorrangig die Allgemeininteressen, sondern Parteiinteressen verkörpert. Das ist ein Dilemma für explizit liberale Parteien. Sie müssen den Spagat bewältigen, dass sie beide Horizonte ins Auge fassen müssen, die kurzfristigen und langfristigen Perspektiven, das Ganze und das Teil. Konsequenz zu Ende gedacht, kann es eigentlich keine liberale Partei geben. Es müsste so etwas wie ein liberales Dach geben, unter dem die Parteien für divergierende Partialinteressen agieren. So ähnlich ist es auch. Die meisten Grundüberzeugungen sind mehr oder weniger unbestritten.

Die Utopien einer planwirtschaftlichen Diktatur sind auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet. Und es gibt auch keinen Automatismus vom Sozialstaat zum Sozialismus. Wie ich in vielen Aufsätzen darlegte, ist der Sozialstaat eine liberale Errungenschaft. Allerdings stelle ich Defizite im Kanon der liberalen Grundüberzeugungen fest. *Pluralismus* ist eine Voraussetzung für Demokratie. Der Begriff bedeutet, dass die um die richtige Politik ringenden Kräfte, dann, wenn sie in Wahlen obsiegen, die unterlegenen nicht unterwerfen, sondern als Opposition institutionalisieren. Die Opposition als Dauereinrichtung des Parlamentarismus beruht auf der prinzipiellen *Skepsis der Möglichkeit einer absoluten Wahrheit*. Liberale handeln in der Überzeugung, dass der Irrtum zwar von der Wahrheit zu unterscheiden ist, dass die Wahrheit aber immer nur bedingt und temporär sein kann, und dass die guten Entscheidungen an Bedingungen geknüpft sind, die sich ändern können. Der Pluralist handelt vorsichtig, insofern er unterstellt, dass er sich irren könne. Daher begrüßt er den Widerspruch, an dem er sich prüft.

Eine Folge der Überwindung der Dichotomie zwischen Freiheit und Sozialismus ist der Wandel der Parteien von Volks- oder Milieuparteien zu Themenparteien. Diese Tendenz folgt der Logik,

dass Individuen immer mehreren Gruppen angehören und ihre Interessen vielschichtig und in sich widersprüchlich sind. Die FDP stellt die Themen Digitalisierung und Bildung in den Vordergrund, womit sie versucht, der Idee des Fortschritts Ausdruck zu verleihen. Die Grünen und die CDU haben sich der Energiewende verschrieben, womit sie die Idee der Sicherheit und Risikominderung verpflichtet sind. Der Streit geht weniger um die Ideen, als um die Begriffe. Die Idee lässt sich nicht zwanglos in einen Begriff überführen. Die SPD hat ihren Begriff verloren, nachdem die soziale Gerechtigkeit, gegen die ja niemand etwas haben kann, zu immer weiteren Erfolgen geführt wurde, währenddessen ein neues Proletariat heranwächst, das an die Pforten einer inklusiven Gesellschaft pocht.

Es bleiben noch viele Spannungsfelder bestehen, wenn die genannten Basics nicht bestritten werden. Die Konzepte der identitären-direkten und der parlamentarischen-indirekten Demokratie lassen sich nicht harmonisch miteinander verbinden, wie die Tragödie des Brexit zeigt. Die Einflussnahme von NGOs auf das politische Geschehen entwickelt sich im Rahmen der von Ralf Dahrendorf konzipierten zivilgesellschaftlichen Kultur. Wenn aber mit Steuermitteln finanzierte Lobbyverbände die außerparlamentarische Bühne dominieren und in Brüssel direkt auf die Gesetzesvorlagen einwirken, wird Macht erschlichen und delegitimiert. (Die absurden Grenzwerte für Stickoxide sind der eigentliche Skandal, viel mehr als die Mogeleyen der Automobilkonzerne.) Die Gewaltenteilung steht in Frage. Wenn unter dem Einfluss der öffentlich-rechtlichen Medien praktisch alle Qualitätsmedien Probleme im Zusammenhang mit Migranten unbeachtet lassen, diese ausschließlich als Opfer darstellen, und ihren Auftrag weniger in der Kontrolle des Staates als in der Propagierung der herrschenden Ideen sehen, leidet die Demokratie. Timothy Garton Ash spricht von einer gespaltenen Gesellschaft. Hier die liberalen akademischen Bürger der Städte, dort das flache Land. Der anschwellende Populismus ist die Reaktion auf Fehlentwicklungen elitär liberaler Politik und linksliberaler Medien.

In der Linken, auch in der liberalen, herrscht eine arrogante Einstellung vor, nach der die Meinungsverschiedenheiten zusammenfallen mit Gut und Böse, mit Fortschritt und Reaktion. Es ginge um einen Kampf für das Gute. Die Gegner stellten sich dem geschichtlichen und gesellschaftlichen Fortschritt in den Weg und müssten niedergerungen werden. Es ist gelebter Antipluralismus, der eine despotische Färbung annimmt. Der Kanon der *political correctness*, ursprünglich als Instrument zur Befriedung der Diskurse multikultureller Hochschulen in den USA als durchaus liberales Projekt eingeführt, nimmt bei seiner Übertreibung iliberale Züge an. Wenn ein Gedicht Eugen Gomringers, das eine Hymne an die Schönheit ist, mit feministischem Argwohn missverstanden wird und von der Wand einer Berliner Hochschule entfernt wird, ist der Rahmen einer liberalen Demokratie in Frage gestellt. Die philosophische Strömung des *Konstruktivismus* befördert antipluralistisches Denken. Sie glaubt, dass die Sprache und ihre Wörter das Bewusstsein formten, und ist daher bestrebt, durch Sprachhygiene das Denken zu modeln. Die Linke lehnt das *Prinzip der Wertfreiheit* der Wissenschaft ab. Sie ist bestrebt, Wissenschaft in den Dienst des politischen Kampfes zu stellen und bildet den Typ des Wissenschaftsaktivisten. Anstatt es der inner-wissenschaftlichen Diskussion zu überlassen, welche Theorien sich als haltbar herausstellen und welche nicht, werden abweichende Meinungen stigmatisiert.

Die Rechte arbeitet mit identitären Konzepten. Sie unterstellt die Möglichkeit, dass Individuen genau einer Gruppe zuzuordnen seine, die genau zu definierende Interessen haben. Von diesem simplizistischen Standpunkt aus bekämpft sie divergierende Meinungen durch Ausgrenzung.

Die Beispiele zeigen, dass sich der innerliberale Diskurs nicht in einer septischen Umgebung abspielt. Es ist jedoch wichtig zu erkennen, dass die Zersplitterung der Meinungen nicht Ausdruck von Schwäche sind, sondern davon, dass wir Ende des 20. Jahrhunderts einige der mächtigsten antiliberalen Ideologien überwunden haben und nun zwar nicht das Ende der Geschichte eingeläutet haben, aber einen pluralistischen Diskurs führen, bei dem es nicht um Leben oder Tod geht, sondern darum, das Bessere vom Schlechteren zu unterscheiden.

Vortrag Timothy Garton Ashs in Youtube, hochgeladen am 30. November 2018:

<https://www.youtube.com/watch?v=Dpx3Z3tX0aU&t=3430s>